

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt. bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 16.— Mt. für einen Monat 5.— Mt., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon 13893. — Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.80 Mt. bei Platzvorkauf 2.30 Mt., Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelleile 7.50 Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
**Schluss der Inseraten-Aufnahme** für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeldräte und alle Postanstalten entgegen.

## Der mittelbürgerliche Block wieder in die Brüche gegangen.

### Die gefährdete Minderheitsdiktatur.

Der mühsam zusammengestellte Block der mittelbürgerlichen Minderheitsparteien mit dem Reichkanzler Fehrenbach an der Spitze ist schon nach wenigen Stunden wieder auseinandergefallen. Er ist gescheitert an den Forderungen der großindustriellen Sinnespartei, die den Haupteinfluss in der neuen Regierung beansprucht. Am gestrigen Nachmittag, als die Ministerliste bereits fertig war, und auch schon die Formel gefunden war, die den Block: Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokratische Partei zusammenkitteln sollte, trat die Deutsche Volkspartei auf einmal mit Forderungen hervor, die ihre Herrschaft in der Regierung gesichert hätten. Man darf schon glauben, daß die Forderungen der Volksparteier bei den Zentrumsleuten Entrüstung hervorgerufen haben, da das Zentrum gewöhnt ist, entweder durch Drahtzieheren hinter den Kulissen, oder aber offen zu herrschen. Die Volksparteier verlangen, daß die Ministerien der Finanzen, des Verkehrs, der Wirtschaft und der Post hervorragenden Sachverständigen übertragen werden müßten. Sie würden für diese Ministerien entsprechende Vorschläge machen. Hätte die Volkspartei die Wirtschaft, die Finanzen, den Verkehr in der Hand, so wäre ihr Ziel erreicht, denn das Militär würde sie sich ohnehin sichern, auch wenn Herr Gehler Reichsminister bliebe.

Wie die Lage augenblicklich beurteilt wird, geht aus den Meldungen von Berlin hervor, wonach mit der Regierungsbildung ganz von vorn angefangen werden muß. Es hat den Demokraten also nichts genützt, daß sie Schritt für Schritt vor den Sinnesvertretern zurückgewichen sind. Sie sind nun die Blamierten, und auch die Zentrumsleute müssen empfinden, daß die Kapitalverteiler aufs Ganze gehen.

Das Haupt Sprachrohr der Deutschen Volkspartei, die Tages Rundschau, sagt über die Stellung der Demokraten:

„Sehr bedenklich finden wir das Bestreben einzelner demokratischer Blätter, der Deutschen Volkspartei eine Annäherung an die Demokratische Partei, ja eine Aufgabe oder Milderung ihrer Grundzüge anzubieten. Davon kann gar keine Rede sein. Die Forderungen der Demokratischen Partei sind abgelehnt worden. Was die Leitung der Deutschen Volkspartei auf die an sie herangekommenen Anregungen und Wünsche antwortete, deckt sich nicht nur sinngemäß, sondern fast Wort für Wort mit ihrem Leipziger Programm, und wenn die demokratische Parteiliste sich dieses Programm nochmals ernsthaft durchgelesen hätte, wäre ihr wahrscheinlich klar geworden, daß ein wesentlicher Teil ihrer Forderungen und Bedingungen überflüssig waren.“

Damit ist von vornherein die vereinbarte Regierungserklärung entwertet, die da lauten sollte:

Die erste Sorge der Regierung ist der Wiederaufbau Deutschlands. Diesen auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatkräftig in Angriff zu nehmen, ist der feste Wille der Regierung. Wir fordern die Parteien auf, in einer Zeit, in der die wichtigsten auswärtigen, finanziellen und wirtschaftlichen Fragen alle Kräfte in Anspruch nehmen, die verfassungsrechtlichen Fragen zurücktreten zu lassen.

Der Sinnes-Partei kommt es darauf an, die politische Gewalt in die Hand zu bekommen und mit dieser den Kapitalismus wieder aufzubauen, koste es was es wolle. Die gegenwärtige gefährliche Lage Deutschlands nach innen und außen wird von diesen kapitalistischen Expreßern für ihre Parteizwecke ausgenutzt und damit dem Volke deutlich vor Augen geführt, daß sie ihre Interessen über die der Gesamtheit oder, wie sie es immer nennen, des Vaterlandes, stellt.

Von der anderen Seite her wurde die Koalitionsbildung durch die Haltung der rechtssozialistischen Partei erschwert. Man hatte darauf gerechnet, daß die Rechtssozialisten dieser Regierung so wohlwollend gegenüberstehen werden, daß sie ihr sogar das Vertrauen aussprechen. Dem ist durch den gestrigen Beschluß der rechtssozialistischen Fraktion ein Ende gemacht worden. — Ueber die Sitzung selbst erhalten wir von unserem Berliner Korrespondenten folgende Meldung:

Berlin, 23. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Rekord der Fünftage-Regierung des Herrn Rapp ist geschlagen durch das Einstunden-Kabinett des Herrn Fehrenbach. Gestern nachmittags veröffentlichten die Abendzeitungen bereits das Wählwunschkommunikandum, das Herr Fehrenbach für die Übernahme seiner Reichskanzlerschaft dankte. Die Korrespondenzbureaus verbreiteten bereits das Regierungsprogramm des neuen Kabinetts. Um 1 Uhr verbreiteten amtliche und halbamtliche Telegraphenbureaus die allerdinge zunächst nur halbfertige Ministerliste. Um 10 Uhr abends war alles wieder ein großer Trümmerhaufen. Inzwischen hatten die entscheidenden Sitzungen der sozialdemokratischen, der demokratischen und der Deutschen Volkspartei-Fraktion stattgefunden. Man hatte geglaubt, daß diese Fraktionssitzungen lediglich formaler Natur seien, und daß sie sich den Beschlüssen

ihrer Parteiführer unbedingt anschließen würden. Die erste Enttäuschung brachte die sozialdemokratische Fraktion. Entgegen den Zustimmungen, die angeblich die Führer der Rechtssozialisten den Demokraten gemacht haben, daß sie der Koalitionsregierung ein Vertrauensvotum erteilen würden und auch an den interfraktionellen Sitzung des Blocks teilnehmen wollten, beschloß gestern die sozialdemokratische Fraktion gegen 5 Stimmen, bei der Vertrauensabstimmung, die der Abgabe der Regierungserklärung folgen wird, Stimmenthaltung zu üben. Die Fraktion glaubte nach Abwägung aller Gegengründe nicht weiter gehen zu können, da sich die Abgabe eines Vertrauensvotums für eine Regierung, der Mitglieder der Deutschen Volkspartei angehören, mit ihrer Auffassung nicht vertrüge. Die Fraktion beabsichtigt, ihre Stimmenthaltung so zu motivieren, daß der neuen Regierung in ihrer Stellung der Entente gegenüber in Spa keine Schwierigkeiten erwachsen. Die Entschließung der Sozialdemokraten wurde sofort dem im selben Hause tagenden demokratischen Parteausschuss übermittelt und wirkte dort außerordentlich überraschend. Die demokratische Fraktion zog sich sofort zu einer vertraulichen Sitzung zurück und erklärte: „daß unter diesen Umständen eine Regierung, die vom Vertrauen der Mehrheit des Parlaments getragen, in Spa verhandeln sollte, auf der beabsichtigten Grundlage nicht gebildet werden könne. Infolgedessen stehe man vor einer völlig neuen Situation.“

Aber auch die Deutsche Volkspartei wollte im letzten Moment noch eine Ueberraschung bringen. Während bisher die Bedenken gegen die Ministerliste von der Deutschen Volkspartei nicht geltend gemacht worden waren, versuchte man in der gestrigen Sitzung die demokratischen Zentrumsminister Giesberts und Wirth auszuschließen und erhob deshalb gegen die Befehle der Aemter, die sie inne haben, Widerspruch. Der Bericht über die gestrige Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei besagt: Die Deutsche Volkspartei ist sich heute im Verlaufe ihrer Aussprache darüber klar geworden, daß die vom Reichkanzler vorgeschlagene Ministerliste nicht annehmbar ist. Die Fraktion hält nach wie vor daran fest, daß die Wirtschaft ein einheitliches Arbeitsgebiet ist, und daß deshalb die Frage des Verkehrs und der Post, der Wirtschaft und der Finanzen im Zusammenhang gelöst werden müsse, und daß zu diesem Zweck hervorragende Persönlichkeiten, unbeschadet ihrer Parteistellung, für diese Aufgabe gewonnen werden müssen. Die Fraktion wird diesem Grundsatze entsprechend dem Reichkanzler ihre Vorschlagsliste überreichen. Sie ist der Ueberzeugung, daß, wenn eine Verständigung über diese Punkte erzielt wird, der Kabinettsbildung keine Schwierigkeiten mehr im Wege stehen.

### Bayerische Hochverräter.

Der Deutschen Zeitung entnehmen wir das Folgende: „Die bayerische Mittelpartei (deutschnationale Volkspartei in Bayern), Ortsgruppe München, hielt am 21. Juni eine Mitglieder-versammlung ab, in der Universitätsprofessor Otto eine Entschuldigungsrede machte, die für weite Kreise über Bayern hinaus beachtenswert und ein Beweis dafür ist, daß einzelne Gruppen und größere Gruppen in Bayern nicht von dem Gedanken „Los vom Reich“ abgehen können und wollen, und somit bewußt ein landesverräterisches Spiel treiben. Otto macht die Feststellung, daß von bayerischen Politikern mit den Franzosen in San Remo, in Zürich mit den Engländern verhandelt worden sei, und daß gegenwärtig ein Vertreter in Paris weise. Diesen Versuchen, mit Hilfe des Feindbundes eine reichsfeindliche Politik treiben zu können, werde von der Partei aus mit nachdrücklichem Widerstand entgegengetreten werden und müßte unter diesen Gesichtspunkten auch an den Staatspräsidentenposten, dessen Schaffung die Partei für unumgänglich notwendig hält, herangeraten werden.“

### Ein sozialistisches Ministerium in Braunschweig.

Braunschweig, 22. Juni. Die Landesversammlung wählte in ihrer heutigen Sitzung die unabhängigen Abgeordneten Sepp Dertler, Funke und Sievers, sowie die bisherigen Minister Kurik und Steinhilber, die den Mehrheitssozialisten angehören, zu Ministern. Bei der Wahl der neuen Regierung wurden 26 weiße Zettel abgegeben, so daß sich also die Rechte und ein Teil der Demokraten der Stimme enthalten haben dürften.

### Die Landtagswahlen in Groß-Thüringen.

Weimar, 22. Juni. Bei den Wahlen zum thüringischen Landtag wurden nach den bisherigen Feststellungen abgegeben: für die Deutschnationalen 34 128, die Deutsche Volkspartei 96 125, Demokraten 49 821, Landbund 92 745, Mehrheitssozialisten 87 726, Unabhängigen 159 512, Kommunisten 5558 Stimmen.

### Die Friedenssabotage der Militärs.

W. O. Die englische und französische Presse ist täglich angefüllt mit schweren Anklagen gegen das deutsche Volk, daß es die Bedingungen des Friedensvertrags sabotiert. Die deutsche Presse ist empört über diese „Hetze“, fñhlt sich im Namen des deutschen Volkes schwer gekränkt und beleidigt und beginnt ihrerseits nun gegen die englischen und französischen Kriegsheer in mehr oder minder scharfen Tönen der Empörung zu weitem. Das Bild, das sich so dem deutschen Volke malt, sieht so aus, als ob man in Frankreich und England ohne jeden Grund dem deutschen Volke die Nichterfüllung der Friedensbedingungen vorwirft, nur um auf diese Weise gegen Deutschland hetzen zu können und als ob die deutsche Presse sich feiglich gegen ein dem deutschen Volke zugestimmtes Unrecht wehrt. Dieses Bild wird mit Hilfe amtlicher Berichterstattung und Pressebeeinflussung und auf Grund eines schweigenden Einverständnisses der gesamten bürgerlichen Presse einschließlich des Vorwärts dem deutschen Volke vorgespielt, so daß es niemals die Wahrheit erfährt. Der größte Teil der Presse verschweigt die Anklagen, die in Frankreich die Generäle und Minister, in England Abgeordnete und Staatssekretäre gegen die deutschen Militärs erheben, oder aber er teilt die allgemeinen Anklagen mit und verschweigt sorgfältig das unwiderlegbare Beweismaterial. Die deutsche Regierung hñlt sich sehr wohl, auf die Anklagen der Entente-Staatsmänner zu antworten, denn sie weiß, daß sie gegenüber diesem Beweismaterial schweigen muß. Mit diesem Lügengewebe versucht man nun, nach Spa zu gehen. Will das deutsche Volk nicht mißschuldig werden, an dieser neuen Verheerung der Völker, so muß es sich zur Wahrheit bekennen und von der Regierung verlangen, daß sie schleunigst über das Treiben unverantwortlicher militärischer Kreise zur Sabotage des Friedensvertrags in aller Deffentlichkeit Auskunft gibt.

Der französische Kriegsminister Lefèvre hat in den letzten Tagen in der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten mehrfach die Frage der deutschen Entwaffnung angeschnitten und dabei ebenfalls genau wie früher schon der General Riehel schwere Anklagen gegen die deutsche Regierung erhoben. Es ist notwendig, daß dieses Anklagematerial und alles, was über die Nichterfüllung des Friedensvertrags durch das geheime Treiben der Militärs bekannt ist, im Zusammenhang der Arbeiterchaft vor Augen gehalten wird.

Bei einer plötzlichen Revision, die Offiziere der Entente-Kontrollkommission kürzlich in den Werken von Krupp vornahmen, hat man festgestellt, daß dort im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrags noch Geschütze und Munition hergestellt werden. Dabei ist festgestellt worden, daß Bestellungen auf 60 7,7-Zentimetergeschützen mit Munition vorlagen, daß 18 000 Kartuschen für die Marine bestellt und davon schon 6000 geliefert waren. Man hat entdeckt, daß neue Versuche mit einem 6-Zentimetergeschütz vorgenommen wurden, und als alle diese Mitteilungen dem Reichswehrminister Gehler gemacht wurden, war er darüber aufs höchste erstaunt und versprach, diese Vorgänge sofort abzustellen. Ebenso hat die Kontrollkommission in einer großen Zahl anderer Fabriken Beanstandungen vornehmen müssen. So haben in Frankfurt von 92 Fabriken, die beschäftigt wurden, allein 77 beanstandet werden müssen. In Köln von 220 Fabriken 139. Im ganzen sind von 581 beschäftigten Fabriken nur 293 unbeanstandet geblieben. In Hannover hat die Kommission ein großes Lager von mehr als 30 000 zum Armeegerät gehörigen Wagen vorgefunden. Bei einem Kontrollbesuch bei der Firma Siemens u. Halske von Offizieren der internationalen Kontrollkommission unter Führung eines englischen Offiziers, der am 20. Mai stattfand, wurde zunächst nichts an Kriegsmaterial gefunden. Am 21. Mai wurde eine kleine Quantität von Kriegsmaterial entdeckt und der Direktor, der die Führung der Kommission durch das Werk übernommen hatte, erklärte auf Befragen in Gegenwart der deutschen Offiziere, Hauptmann Bultmann und Adriano, daß kein weiteres Kriegsmaterial in dem Werke vorhanden sei. Bei einem neuen Besuche wurden trotz dieser Versicherung wieder kleinere Mengen von Kriegsmaterial entdeckt. Bei einem vierten Besuche fand die Kommission wieder neue Magazine voll mit Kriegsmaterial. Am 29. fand ein weiterer Besuch in dem Wernerwerk statt. Dabei wurden zwei verschlossene Räume entdeckt. Der Direktor erklärte in Anwesenheit der deutschen Offiziere, daß in diesen Räumen kein Kriegsmaterial vorhanden sei. Als die Kommission trotzdem die Öffnung dieser Räume verlangte, versuchte der Direktor zunächst dies dadurch zu ver-